

Eickelpasch, Alexander; Görzig, Bernd

Working Paper — Digitized Version

Wird die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland von der Statistik unterschätzt? Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW für das verarbeitende Gewerbe

DIW Discussion Papers, No. 60

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Eickelpasch, Alexander; Görzig, Bernd (1994) : Wird die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland von der Statistik unterschätzt? Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW für das verarbeitende Gewerbe, DIW Discussion Papers, No. 60, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95749>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 60

**Wird die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland
von der Statistik unterschätzt?**

**- Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW für
das verarbeitende Gewerbe -**

von

Alexander Eickelpasch und Bernd Görzig

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Diskussionspapier Nr. 60

**Wird die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland
von der Statistik unterschätzt?**

**- Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW für
das verarbeitende Gewerbe -**

von

Alexander Eickelpasch und Bernd Görzig

Berlin, im November 1992

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 1000 Berlin 33
Telefon: 49-30 - 82 991-0
Telefax: 49-30 - 82 991-200**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Vorbemerkungen	4
2 Methodisch bedingte Erfassungsprobleme	4
3 Befragungsprobleme der statistischen Ämter	9
4 Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW	10
5 Schlußfolgerungen	15

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen	Seite
Tabelle 1 Unternehmen und Beschäftigte in Unternehmen nach ihrem Meldeverhalten gegenüber den Statistischen Landesämtern	12
Tabelle 2 Beschäftigte in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten nach ihrem Meldeverhalten und Beschäftigtengrößenklassen	13
Tabelle 3 Beschäftigte in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten nach ihrem Meldeverhalten und Eigentumsverhältnissen	14
Tabelle 4 Erwartungen von ostdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten über die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung nach ihrem Meldeverhalten	16
 Abbildungen	
Abbildung 1 Betriebe und Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe von Ostdeutschland	6
Abbildung 2 Ein- und Mehrbetriebsunternehmen im verarbeitenden Gewerbe von Ostdeutschland	8

1 Vorbemerkungen

Angesichts von Tempo und Ausmaß der Anpassungsprozesse in Ostdeutschland stellt sich die Frage, ob die amtliche Statistik mit dem Monatsbericht im produzierenden Gewerbe in der Lage ist, Niveau und Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend darzustellen. Insbesondere könnte vermutet werden, daß neugegründete oder privatisierte Unternehmen, von denen erwartet wird, daß sie eine günstigere Entwicklung nehmen als Treuhandbetriebe, untererfaßt sind.

Will man dieser Frage nachgehen, so muß man unterscheiden zwischen

- methodisch bedingten Fehlern, die im System der Statistik angelegt sind und infolge der starken strukturellen Veränderungen in Ostdeutschland besonders stark hervortreten und
- Erfassungsfehlern, die darauf beruhen, daß Unternehmen von den statistischen Ämtern nicht befragt werden.

Im folgenden werden die Fehlermöglichkeiten im System der amtlichen Statistik aufgezeigt. Dabei wird zunächst den methodischen Fehlerquellen nachgegangen. Im Anschluß daran wird auf die Schwierigkeiten der Statistischen Landesämter in Ostdeutschland bei der Erfassung der Unternehmen eingegangen. Schließlich werden die Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW in Ostdeutschland dargestellt.

2 Methodisch bedingte Erfassungsprobleme

Der Berichtskreis des Monatsberichts im produzierenden Gewerbe wird auf gesetzlicher Grundlage durch die Zahl der Beschäftigten in den befragten Unternehmen sowie deren Tätigkeitsschwerpunkt eingeschränkt. Zum Berichtskreis des Monatsberichts zählen grundsätzlich die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten sowie deren Betriebe. Festgelegt wird der Berichtskreis des laufenden Jahres aufgrund der im September des Vorjahres erfolgten Befragung aller in den Karteien der Statistischen Ämter geführten Unternehmen. Dabei werden auch die industriellen Kleinunternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten befragt.

Die Unternehmen dieses im September des Vorjahres festgelegten Berichtskreises sind für das gesamte laufende Kalenderjahr auskunftspflichtig, und zwar unabhängig von ihrer in dieser Zeit erreichten Beschäftigtenzahl. Umgekehrt sind die im September des Vorjahres ermittelten industriellen Kleinunternehmen im laufenden Jahr nicht zur monatlichen Berichterstattung verpflichtet, auch wenn sie inzwischen über 20 Personen beschäftigen.

Analog hierzu wird auch bei der Zuordnung der Unternehmen und ihrer Betriebe zum Tätigkeitsschwerpunkt verfahren. Unternehmen, die im September einen Betrieb mit industriellem Schwerpunkt hatten, werden in den Monatsbericht des Folgejahres einbezogen. Verlagerungen des Tätigkeitsschwerpunktes aus anderen Branchen zur Industrie oder aus dieser heraus werden innerhalb des Folgejahres grundsätzlich nicht berücksichtigt.

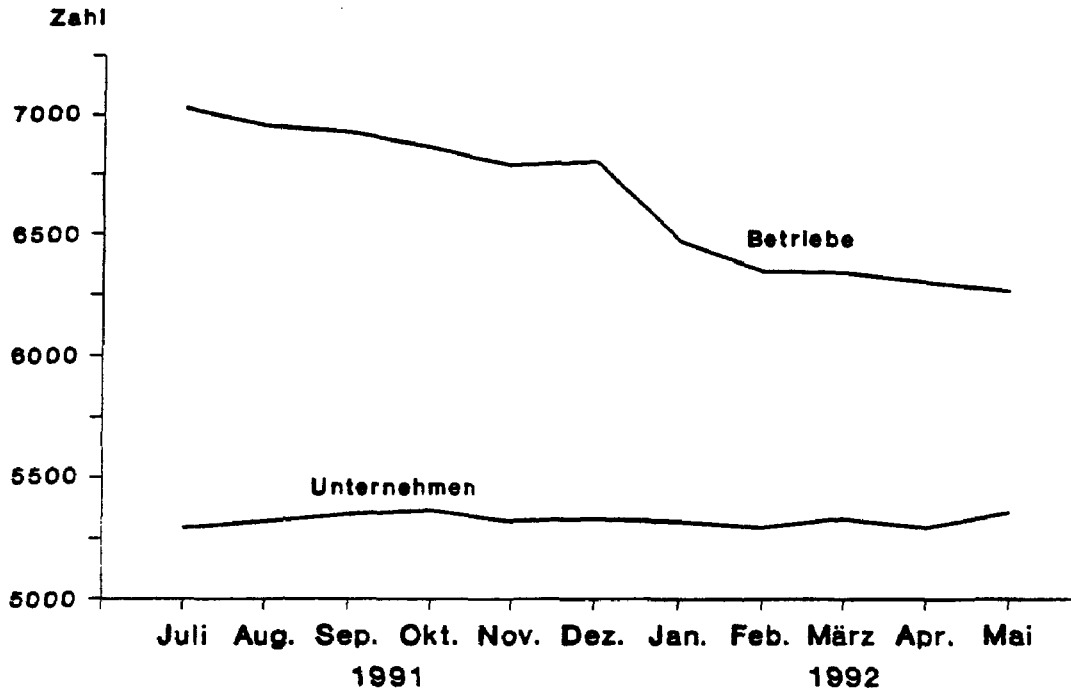
Während eines Jahres wird der Kreis der berichtspflichtigen Betriebe also lediglich durch Betriebsstillegungen und Neugründungen geändert, sofern auf sie die Kriterien der Berichtspflicht zutreffen.

In Zeiten normaler Wirtschaftsabläufe sind diese Aspekte der Organisation des Monatsberichts nur von untergeordneter Bedeutung. Anders verhält es sich in einer Situation starken strukturellen Wandels, der begleitet wird von einer ständigen Reduzierung der Beschäftigtenzahlen. Angesichts einer Ausgangssituation in Ostdeutschland, in der Großunternehmen die Regel, Kleinunternehmen dagegen von untergeordneter Bedeutung waren, mußte erwartet werden, daß im Zuge der Angleichungen der Unternehmensstrukturen die großen Unternehmen durch Ausgliederung ehemals unselbständiger Betriebe oder Aufspaltung des gesamten Unternehmens kleiner werden und die Kleinunternehmen an Gewicht zunehmen. Auch war zu erwarten, daß viele der ausgegliederten Betriebe nicht mehr dem industriellen Bereich zuzuordnen sind.

Diese Veränderungen in der Unternehmenslandschaft müßten sich eigentlich beim Vergleich der Berichtskreise Dezember 1991 und Januar 1992 niederschlagen. Betrachtet man jedoch die Entwicklung der Zahl der durch den Monatsbericht erfaßten Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, so sind nennenswerte Veränderungen nicht zu erkennen (Abbildung 1). Ganz anders stellt sich dagegen die Entwicklung der Zahl der Betriebe, also der örtlichen Einheiten, dar. Hier ist ein kontinuierlicher Rückgang von 7 030 im Juli 1991 auf 6 270 im

Abbildung 1

**Betriebe und Unternehmen
im verarbeitenden Gewerbe von Ostdeutschland**



DIW '92

März 1992 zu beobachten. Der Rückgang in der durchschnittlichen Zahl der Betriebe je Unternehmen könnte vermuten lassen, daß neben der Schließung von örtlichen Niederlassungen von Unternehmen eine weitere Ursache für diese Entwicklung in der Ausgliederung jener Betriebe liegt, deren Tätigkeitsschwerpunkt außerhalb des verarbeitenden Gewerbes liegt.

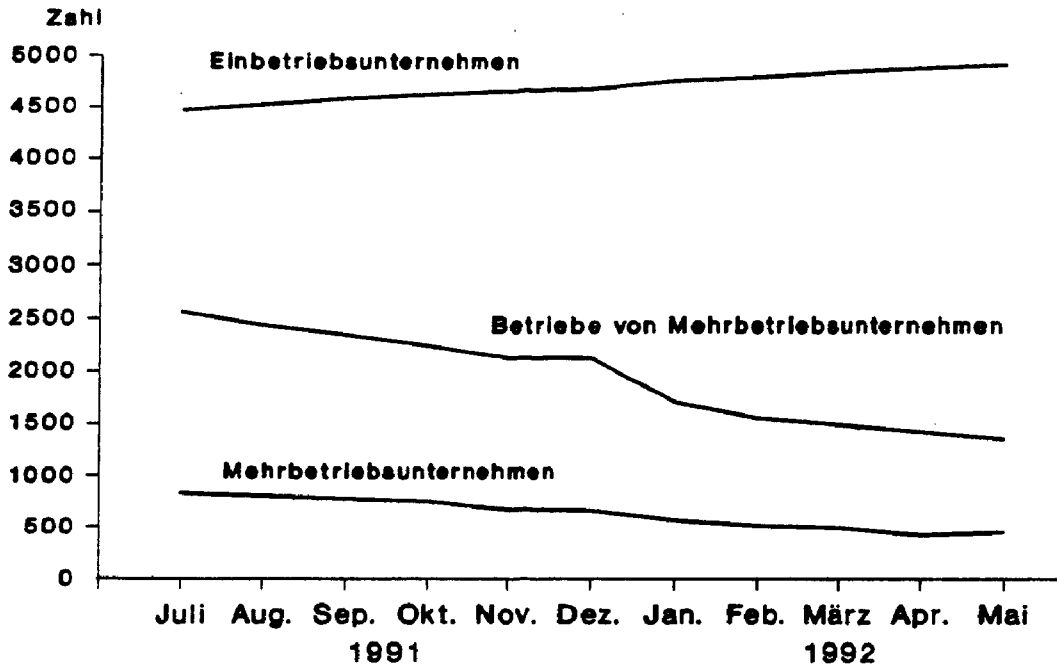
Denkbar wäre, daß Handels- und Dienstleistungsbetriebe von Unternehmen mit Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe rechtlich verselbständigt wurden und damit zum Jahresende aus dem Berichtskreis für das verarbeitende Gewerbe ausschieden. Auch im Verhältnis zum Baugewerbe können ähnliche Ausgliederungsvorgänge angenommen werden. In diesen Fällen würde die Statistik einen Rückgang der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe ausweisen, dem eine Zunahme in anderen Branchen entspricht, so daß dieser Aspekt gesamtwirtschaftlich ohne Bedeutung ist.

Tatsächlich kann auch festgestellt werden, daß der Rückgang in der Zahl der Betriebe ausschließlich auf die Verringerung der Zahl der Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen zurückzuführen ist. Die Zahl der Einbetriebsunternehmen im verarbeitenden Gewerbe hat sich seit Juli 1991 sogar um 500 auf 4 910 erhöht (Abbildung 2). Die Ursache für den Rückgang in der Zahl der Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen dürfte allerdings kaum in der Ausgliederung von Betrieben liegen. Die durchschnittliche Zahl der zu den Mehrbetriebsunternehmen gehörenden Betriebe ist lediglich von 3,2 im Juli 1991 auf 3 im Mai 1992 zurückgegangen. Vielmehr ist zugleich auch die Zahl der Mehrbetriebsunternehmen zurückgegangen und hat sich von 820 auf 448 fast halbiert.

Mit dem Wechsel im Berichtskreis zum Januar 1992 hat auch die Zahl der Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen kräftig abgenommen. Da schwer zu trennen ist zwischen jener Abnahme, die durch Änderungen des Berichtskreises entstanden ist und jener, die durch Betriebsschließungen verursacht wurde, ist hier versucht worden, wenigstens Größenordnungen abzugreifen. Es wurde untersucht, um wieviel sich die Beschäftigung geändert hätte, wenn der gesamte Rückgang durch Ausgliederung von Betrieben in Wirtschaftszweige außerhalb des verarbeitenden Gewerbes entstanden wäre. Selbst unter dieser extremen Annahme könnte man einen monatlichen Beschäftigtenrückgang im verarbeitenden Gewerbe von maximal 1 vH erklären. Dies macht deutlich, daß die methodisch bedingten Erfassungsfehler sehr gering sein dürften.

Abbildung 2

Ein- und Mehrbetriebsunternehmen
im verarbeitenden Gewerbe von Ostdeutschland



3 Befragungsprobleme der statistischen Ämter

Über die methodisch bedingten Zuordnungsprobleme hinaus sind jene zu berücksichtigen, die durch Nichterfassung oder durch Verzögerungen in der Erfassung entstehen. Es ist naheliegend, daß es den Statistischen Ämtern in Zeiten derartiger Umbrüche im Unternehmenssektor nicht gelingt, alle Veränderungen im Unternehmensbereich zu verfolgen. Hinzu kommt, daß der Aufbau der Statistischen Ämter in Ostdeutschland noch nicht überall abgeschlossen ist, so daß schon aus diesem Grunde Kapazitätsengpässe bestehen dürften.

Um in Erfahrung zu bringen, ob die Statistischen Landesämter Schwierigkeiten mit der Erfassung insbesondere von neugegründeten Unternehmen haben, wurden verschiedene Gespräche mit Vertretern von Statistischen Landesämtern und des Statistischen Bundesamtes geführt. Allgemein herrschte die Überzeugung vor, daß ausgehend von den anfangs vorhandenen Treuhandunternehmen die Ausgliederungen, Betriebsstillegungen und möglicherweise auch die Ausgründungen vergleichsweise gut verfolgt werden könnten. Schwieriger zu erfassen seien dagegen die "echten" Neugründungen, die nicht immer über die Gewerbeämter bekannt werden und die teilweise nur durch Zeitungslektüre und kontinuierlicher Verfolgung der Registereintragungen zu erfahren sind.

Zuweilen wurden auch Zweifel geäußert, ob nicht in offensichtlichen Einzelfällen von der strikten Handhabung der für den Monatsbericht geltenden Regelungen abgewichen wird. Angesichts des sich zum Teil sehr kräftig verändernden Produktionsschwerpunktes einzelner Unternehmen könnte insbesondere bei der Wirtschaftszweigzuordnung vermutet werden, daß hier auch im Laufe des Kalenderjahres Berichtskreisänderungen vorgenommen werden. Angesichts der Geheimhaltung sind derartige Fälle allerdings für Dritte nicht nachvollziehbar. Doch selbst, wenn man davon ausgeht, daß es keine Probleme bei der Erfassung gibt, muß man mit rein technischen Verzögerungen von mindestens drei Monaten rechnen, ehe Neugründungen auch voll als Bestandteil des Monatsberichts berücksichtigt werden. Stillegungen werden dagegen, da zwangsläufig keine Meldungen mehr erfolgen, sofort berücksichtigt.

4 Ergebnisse der Unternehmensbefragung des DIW

Um diejenigen Fehler der amtlichen Statistik einzugrenzen, die dadurch entstehen, daß nicht alle meldepflichtigen Unternehmen erfaßt werden, ist es notwendig, die Unternehmen direkt zu befragen. Eine entsprechende Frage nach der Teilnahme am statistischen Berichtssystem hat das DIW in seine breit angelegte schriftliche Befragung der ostdeutschen Industrie aufgenommen, die im Rahmen der Untersuchung über die gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Anpassungsprobleme in Ostdeutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft durchgeführt wurde. Befragt wurde zuletzt im Sommer dieses Jahres.

In die Erhebung einbezogen wurden die Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt und die von ihr inzwischen verkauften Unternehmen, sofern diese weiterhin produzierende Tätigkeiten ausüben. Zudem wurden Unternehmen befragt, die in der DDR noch in privater Hand waren und solche, die erst nach der Wende gegründet wurden. Die Erhebung erstreckte sich nicht nur auf den Kreis der für den Monatsbericht meldenden Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, sie umfaßte zudem die industriellen Kleinbetriebe und das produzierende Handwerk. Die folgenden Befunde basieren auf den schriftlichen Angaben von gut 4 300 Unternehmen, in denen Anfang des Jahres gut 520 000 Personen beschäftigt waren.¹

Nicht alle dieser Unternehmen, die sich an der schriftlichen Umfrage des DIW beteiligt haben, gehören zum Meldekreis für den monatlichen Bericht des verarbeitenden Gewerbes. Gut die Hälfte - knapp 2 300 - beschäftigte zu Anfang dieses Jahres 20 und mehr Personen. Auf diese Gruppe entfallen 97 vH der insgesamt erfaßten Beschäftigten.

Auf die Frage: "Melden Sie jeden Monat betriebliche Daten (wie Umsätze, Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Energieeinsatz) an das Statistische Landesamt?" antworteten drei Viertel der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten mit "ja". Ein Fünftel verneinte dies und 7 vH machten keine Angaben. Legt man die Zahl der Beschäftigten zugrunde, so

¹ Aus technischen Gründen war es nicht möglich, alle bisher eingegangenen 4600 verwertbaren Fragebögen in die Auswertung einzubeziehen. Die endgültigen Ergebnisse werden aber wohl nicht wesentlich von den hier präsentierten abweichen. Es gehen immer noch Antworten ein.

ändert sich das Bild: Diejenigen, die monatlich melden, beschäftigten zum Jahresanfang gut 84 vH der erfaßten Arbeitnehmer, diejenigen, die dieses verweigern, 10 vH (Tabelle 1).

Darüber hinaus nehmen auch industrielle Kleinunternehmen am Monatsbericht teil. Nach eigenen Angaben sind dies immerhin 14 vH. Die damit verbundene - wenn auch geringe - Übererfassung läßt sich wohl dadurch erklären, daß diese gegenüber dem Vorjahr geschrumpft sind und dem Berichtskreis des laufenden Jahres wegen ihrer damaligen Beschäftigtenzahl zugeordnet wurden.

Eine Differenzierung der Befragungsergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen macht deutlich, daß es vor allem die kleinen Unternehmen sind, die nicht melden. Der Erfassungsgrad ist bei den Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten besonders niedrig, während er bei Unternehmen mit 100 bis unter 500 Beschäftigten bereits überdurchschnittlich gering und bei Großunternehmen sehr hoch ist (Tabelle 2).

Daß kleine Unternehmen relativ schlecht von der Statistik repräsentiert werden, überrascht kaum. Schließlich handelt es sich hierbei vielfach um Neugründungen von Unternehmen, die von ihrer Meldepflicht häufig nichts wissen bzw. über deren Existenz die Statistischen Ämter nicht oder erst mit Zeitverzug erfahren. So meldet auch nur gut die Hälfte der seit 1990 gegründeten Unternehmen - in weit geringerem Maße als andere private oder gar Treuhandunternehmen. Entsprechend niedrig ist auch der Anteil der gemeldeten Beschäftigten bei diesen Unternehmen; er liegt bei knapp zwei Dritteln (Tabelle 3). Bei einem Teil dieser Unternehmen handelt es sich auch um solche, die nach den Konventionen des Monatsberichts noch nicht meldepflichtig sind, da sie im September des Vorjahres weniger als 20 Personen beschäftigten. Inzwischen sind sie aber kräftig gewachsen. Eine Quantifizierung dieses sicher nicht unbedeutenden Teils der Unternehmen ist zur Zeit nicht möglich.

Überraschend ist allerdings, daß nicht alle großen oder sehr großen Unternehmen von der Statistik erfaßt werden. Anzunehmen ist ja, daß diese Unternehmen bereits in der DDR existierten und im statistischen Register der DDR geführt wurden. Somit dürfte es für die

Tabelle 1

**Unternehmen und Beschäftigte in Unternehmen nach
ihrem Meldeverhalten gegenüber den Statistischen Landesämtern**

Struktur in vH

	Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten		Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten	
	Zahl	Beschäftigte	Zahl	Beschäftigte
Unternehmen, die ...				
monatlich melden	73	82	14	16
nicht monatlich melden	20	11	80	78
keine Angaben gemacht haben	7	7	6	6
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100
nachrichtlich:				
Zahl der Unternehmen bzw. Zahl der Beschäftigten (in 1 000)	2 262	510	2 086	15

1) Stand: 1. Januar 1992.
Quelle: Befragung des DIW im Sommer 1992.

Tabelle 2

Beschäftigte in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten¹⁾ nach ihrem Meldeverhalten und Beschäftigtengrößenklassen¹⁾

Struktur in vH

	Unternehmen insgesamt	davon: Unternehmen mit ...				
		20 bis 49 Beschäftigten	50 bis 99 Beschäftigten	100 bis 199 Beschäftigten	200 bis 499 Beschäftigten	500 und mehr Beschäftigten
Beschäftigte in Unternehmen, die ...						
monatlich melden	82	66	73	82	82	83
nicht monatlich melden	11	28	20	11	10	10
keine Angaben gemacht haben	7	6	7	7	8	6
Beschäftigte insgesamt	100	100	100	100	100	100
nachrichtlich:						
Zahl der Unternehmen	2 262	833	498	387	335	209
1) Stand: 1. Januar 1992.						
Quelle: Befragung des DIW im Sommer 1992.						

Tabelle 3

Beschäftigte in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten¹⁾ nach ihrem Meldeverhalten und Eigentumsverhältnissen

Struktur in vH

	Unternehmen insgesamt	davon: Unternehmen ...			
		in Besitz der Treuhandanstalt	im privaten Eigentum		
			insgesamt	darunter:	
				privatisierte Unternehmen	neugegründete Unternehmen
Beschäftigte in Unternehmen, die ...					
monatlich melden	82	83	81	84	64
nicht monatlich melden	11	9	12	9	26
keine Angaben gemacht haben	7	7	7	7	10
Beschäftigte insgesamt nachrichtlich:					
Zahl der Unternehmen	2 262	762	1 500	952	202

1) Stand: 1. Januar 1992.
Quelle: Befragung des DIW im Sommer 1992.

neu geschaffenen Ämter relativ leicht gewesen sein, diese Unternehmen zu identifizieren. Die Gründe für die geringe Erfassung sind sehr verschieden. Möglich ist, daß einige Unternehmen kurz vor der Liquidation bzw. der Aufspaltung stehen und aus ihrer Sicht eine weitere Teilnahme unsinnig erscheint. Das kann auch für solche Fälle gelten, in denen eine bevorstehende Privatisierung durch Liquidation des alten Betriebes und Übernahme von Vermögenswerten und Beschäftigten durch ein neugegründetes Unternehmen erfolgt. Dies erklärt auch, daß immerhin ein Zehntel der Beschäftigten in Treuhandunternehmen nicht gemeldet wird. Denkbar ist auch, daß der Bearbeiter des Fragebogens nicht weiß, daß andere Abteilungen im Unternehmen diese Daten regelmäßig liefern. Schließlich ist es möglich, daß es sich hier um Unternehmen handelt, die wegen einer Verlagerung des Tätigkeitsschwerpunktes bisher im Rahmen des Monatsberichts nicht meldepflichtig waren.

Der unterschiedliche Erfassungsgrad hat nicht nur Auswirkungen auf das Niveau der amtlich ausgewiesenen Beschäftigung, sondern auch auf ihren Verlauf. Die nicht monatlich meldenden Unternehmen schätzen ihre derzeitige Lage besser ein als die Monatsmelder, und die Aussichten für die Beschäftigten dieser Betriebe sind auch deutlich günstiger: Hier soll im Jahresverlauf die Beschäftigung um lediglich ein Zehntel abgebaut werden, bei den monatlich meldenden Unternehmen ist ein Rückgang um ein Fünftel zu erwarten (Tabelle 4).

5 Schlußfolgerungen

Für die Bewertung der Frage, in welchem Ausmaß die monatliche Berichterstattung im verarbeitenden Gewerbe die wirtschaftliche Situation untererfaßt, dürfte die hier vorgestellte Befragung hinreichend gute Ergebnisse liefern.

Für den Januar 1992 weist der Monatsbericht des verarbeitenden Gewerbes für die Unternehmen einen Beschäftigtenstand von rund 950 000 aus. Würde man die Ergebnisse aus der Befragung auf die Beschäftigtenangaben des Monatsbericht übertragen, so wäre der Bestand um 8 bis 9 vH höher einzuschätzen.

Tabelle 4

Erwartungen von ostdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten¹⁾ über die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung nach ihrem Meldeverhalten

Angaben in vH

	Veränderung des Umsatzes 1992 gegen- über 1991	Veränderung der Beschäftigung Dezember 1992 gegenüber ...	
		Januar 1992	Juni 1992
Unternehmen, die ...			
monatlich melden	+ 8	- 21	- 12
nicht monatlich melden	+ 18	- 11	- 2
keine Angaben gemacht haben	+ 14	- 25	- 12
Unternehmen insgesamt	+ 10	- 20	- 11
1) Stand: 1. Januar 1992. Quelle: Befragung des DIW im Sommer 1992.			

In diese Schätzung sind auch Angaben von den Unternehmen eingegangen, die überhaupt keine Aussage zum Monatsbericht gemacht haben. Eine Reihe dieser Unternehmen sind Großunternehmen. Es erscheint nicht unplausibel, daß diese melden, auch wenn dies der jeweilige Beantworter des Fragebogens nicht wußte. Dies ist auch bei den Bearbeitern in Großunternehmen zu vermuten, die die Frage verneinten. Zum anderen müssen auch die meldenden Unternehmen berücksichtigt werden, in denen weniger als 20 Beschäftigte tätig sind.

Die Tatsache, daß die amtliche Statistik nicht alle Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes erfaßt, die zum Erhebungskreis gehören, ist allerdings nicht nur für die ostdeutsche Statistik ein Problem. Ähnliches gilt auch für Westdeutschland. So stellte sich durch die Einbeziehung der im Zuge der Arbeitsstättenzählung 1987 neu aufgefundenen Erhebungseinheiten heraus, daß mit den Jahresergebnissen des bisherigen Berichtskreises die tatsächliche Lage unterschätzt wird. Für das Jahr 1989 wuchs durch die Einbeziehung der neugefundenen Einheiten die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen um 5,2 vH, die der Beschäftigten um 1,1 vH und der Umsatz um 0,7 vH. Im Durchschnitt beschäftigten die neu gefundenen Unternehmen knapp 40 Arbeitnehmer. Dies zeigt, daß vor allem kleine - und wohl häufig neugegründete - Unternehmen nicht erfaßt wurden.

Während per Saldo der Niveaueffekt eine gewisse Rolle spielt, kann davon ausgegangen werden, daß die amtliche Statistik den Verlauf der Beschäftigung im großen und ganzen richtig wiedergibt. Die nicht erfaßten Unternehmen haben zwar deutlich bessere Entwicklungschancen, ihr Gewicht ist aber zu gering, als daß man von einer erheblichen Fehlerfassung bei der Entwicklung sprechen könnte.

Bei alledem muß berücksichtigt werden, daß im Rahmen dieser Studie eine Reihe von Fragen ausgeklammert bleiben mußten:

- So wurde die Frage nach der Zuverlässigkeit der amtlichen Statistik mangels verfügbarer Informationen auf den Bereich des verarbeitenden Gewerbes beschränkt. Wünschenswert wäre eine Ausdehnung der Befragung auf das Baugewerbe.
- Die Frage der statistischen Fehlerfassung wurde hier weitgehend auf der Basis der Beschäftigten untersucht. Es bestehen aber auch Probleme bei der Abgrenzung der

Nettoproduktionswerte und ihrer Fortschreibung. Zum einen betrifft dies die als Fortschreibungsbasis verwendete und in vieler Hinsicht unbrauchbare Kostenstrukturerhebung von 1990. Zum anderen haben überschlägige Vergleiche des ostdeutschen Produktionseilberichts mit demjenigen Westdeutschlands gezeigt, daß nur eine sehr geringe Übereinstimmung bei den Gütergruppen besteht. Dies läßt erwarten, daß der monatlich ausgewiesene Index der Nettoproduktion, würde man ihn auf ein bessere Grundlage stellen, auch zu anderen Ergebnissen führen könnte.

- Da die DIW-Befragung wertvolle über die amtliche Statistik hinausgehende Erkenntnisse liefert, wäre es sinnvoll, eine weitere Befragung durchzuführen. Diese sollte so angelegt sein, daß auch ein Längsschnittvergleich der befragten Unternehmen möglich wird.